

Eilentscheidung

über die außerplanmäßigen Ausgaben für eine künftige Funkgerätebeschaffung

Der Amtsdirektor des Amtes Barnim – Oderbruch, Herr Karsten Birkholz, die stellvertretene Amtsdirektorin, Frau Sylvia Borkert und der Amtsausschussvorsitzende, Herr Michael Rubin, haben am 27.04.2023 folgende Eilentscheidung getroffen:

Das Amt Barnim-Oderbruch beteiligt sich an der vom Land Brandenburg koordinierten Beschaffung von Funktechnik, Zubehör und Serviceleistungen und gibt insofern mit Wirkung zum 02.05.2023 eine Bedarfsanzeige und Willenserklärung dahingehend ab, sich an der ab 2024 vorgesehenen gemeinsamen Funkgerätebeschaffung zu beteiligen. Die voraussichtlichen Kosten in Höhe von ca. 90.000 Euro sind entsprechend der einzelnen Raten in den Haushaltsplan für 2024 und folgende Jahre einzustellen.

Der Landkreis hat mit Schreiben vom 18.04.2023, also genau zum Zeitpunkt der letzten Amtsausschusssitzung, über Veränderungen beim Digitalfunk informiert. Der bisherige Ausstatter der Digitalfunktechnik, über den die Freiwilligen Feuerwehren vor ca. 7-8 Jahren neue Funkgeräte beschafft haben, stellt demnächst den Support ein. Folge ist, dass die Funkgeräte nicht mehr mit Updates versorgt werden und auch die Ersatzteilversorgung eingestellt wird. Zudem werden die Sicherheitskarten in den Funkgeräten verändert, so dass die bisherigen Karten in den neuen Funkgeräten nicht mehr passen und umgedreht – die neuen Karten passen nicht mehr in die alten Funkgeräte.

Das Land Brandenburg bietet nun erneut eine zentrale Ausschreibung an, um im Zeitraum der nächsten fünf Jahre alle Funkgeräte zu erneuern.

In der Amtsverwaltung wurden die damit erforderlich werdenden Beschaffungen hochgerechnet. Für 58 Digitalhandfunkgeräte (ohne Ex-Schutz) werden wir ca. 50.000 Euro benötigen. Für 3 weitere Digitalhandfunkgeräte (mit Ex-Schutz) werden wir ca. 10.000 Euro bis 15.000 Euro benötigen. Zusätzlich sind diese Geräte mit Halterungen und / oder Ladegeräten in den Fahrzeugen einzubauen, was weitere geschätzte Kosten in Höhe von 25.000 Euro verursacht. In Summe werden wir also ca. 90.000 Euro aufwenden müssen, um die Geräte schrittweise in den nächsten Jahren zu beschaffen. Die Umstände der Bedarfsabfrage (verspätetes Schreiben des Landkreises vom 18.04.2023 / Aussicht, eine eigene Beschaffung nur unter erhöhten Kosten umsetzen zu können), machen eine kurzfristige Entscheidung erforderlich. Eine fristgerechte Einberufung des Amtsausschusses, um noch vor dem 02.05.2023 eine Entscheidung treffen zu können, ist nicht möglich.

Die Eilentscheidung wurde am durch den Amtsausschuss bestätigt.



Karsten Birkholz
Amtsdirektor



Sylvia Borkert
stellv. Amtsdirektorin



Michael Rubin
Amtsausschussvorsitzender

Wriezen, 27.04.2023